

II-1846 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XI. Gesetzgebungsperiode

1303/AB.

zu 1266/J

Präs. am 23. Juli 1969

REPUBLIK ÖSTERREICH  
 Bundesministerium  
 für soziale Verwaltung

Zl.20.226/13-6-1/69

Wien, den 23. Juli 1969

Beantwortung

der Anfrage der Abgeordneten Gertrude Wondrack, Herta Winkler und Genossen an die Frau Bundesminister für soziale Verwaltung, betreffend Ministerialentwurf zur Witwenpension

(Nr.1266/J)

Mit der vorliegenden Anfrage werden folgende Fragen gestellt:

"1.) Welchen Wortlaut hat der im Bundesministerium für soziale Verwaltung laut Mitteilung der Frau Bundesminister ausgearbeitete Gesetzentwurf betreffend Erhöhung der Witwenpensionen?

2.) Welcher Aufwand wäre durch eine Realisierung und Verabschiedung dieses Gesetzentwurfes jährlich entstanden?"

Zu dieser Anfrage beehere ich mich, folgendes mitzu teilen:

Zu 1.):

In Beantwortung der Anfrage Nr.1227/J habe ich den gesamten Inhalt des im Bundesministerium für soziale Verwaltung ausgearbeiteten Entwurfes, betreffend Erhöhung

- 2 -

der Witwenpensionen, mitgeteilt. Dem Verlangen nach der Bekanntgabe des Wortlautes dieses Entwurfes glaube ich jedoch nicht entsprechen zu können. Im Art. 41 Abs. 1 des B-VG. wird bestimmt, daß Gesetzesvorschläge an den Nationalrat entweder als Anträge seiner Mitglieder oder als Vorlage der Bundesregierung gelangen. Vorlagen der Bundesregierung setzen einen Ministerratsbeschuß voraus. Die gegenständliche Anfrage bezieht sich aber auf einen Ressortentwurf, der weder einem Begutachtungsverfahren unterzogen, noch im Ministerrat behandelt worden ist. In einem solchen Stadium erscheint mir ein Gesetzentwurf zur Bekanntgabe an den Nationalrat nicht geeignet.

Zu 2.):

Der im Bundesministerium für soziale Verwaltung ausgearbeitete Entwurf sieht einen 10 %igen Zuschlag zu den Pensionen jener Witwen vor, für die die Witwenpension die Hauptquelle ihres Lebensunterhaltes bildet. Bei einem Inkrafttreten dieses Entwurfes im Jahre 1967 wäre für dieses Jahr ein Mehraufwand von 188,5 Mill. S entstanden. Für das Jahr 1970 wird der Mehraufwand mit 249 Mill. S geschätzt.